

ANTRAG Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadträtin Dr. Dorothea Polle-Holl (GRÜNE) Stadträtin Dr. Ute Leidig (GRÜNE) Stadtrat Alexander Geiger (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 13.10.2010	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	18. Plenarsitzung Gemeinderat 14.12.2010 600 23 öffentlich
Gesundheitsprävention in Karlsruhe: Beitritt zum Gesunde-Städte-Netzwerk		

1. Die Stadtverwaltung setzt sich den Beitritt in das Gesunde-Städte-Netzwerk zum Ziel und stellt dar, welche Maßnahmen, im Besonderen im Hinblick auf eine kontinuierliche Gesundheitsberichterstattung, notwendig sind, um die noch offenen Kriterien zu erfüllen.
2. Die Stadtverwaltung lädt zu einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit und des Sozialausschusses einen Vertreter oder eine Vertreterin des Gesunde-Städte-Netzwerkes ein, um die Arbeit des Netzwerkes vorzustellen.
3. Die Stadtverwaltung stellt dar, wie die Prüfung möglicher Gesundheitsrisiken momentan bei Planungen und Bauvorhaben der Stadt und ihrer Töchter berücksichtigt wird. Außerdem wird anhand der Erfahrung aus anderen Städten (z. B. Nürnberg) aufgezeigt, inwieweit mit der Einführung einer Gesundheitsverträglichkeitsprüfung gesundheitliche Risiken von Bauvorhaben im Vorfeld noch stärker Berücksichtigung finden können.
4. Die Stadtverwaltung stellt Möglichkeiten der Förderung für stadtteilbezogene Präventionspolitik über das Handlungsfeld Gesundheit im Rahmen des Soziale Stadt Programms dar.

Sachverhalt / Begründung:

Prävention wird als Schlüsselement erfolgreicher Gesundheitspolitik anerkannt. Gerade die kommunale Ebene, deren Entscheidungen sich direkt auf das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen auswirken, ist hier in Verantwortung. Fehlende Bewegung, mangelhafte Ernährung sowie ein zunehmender Verlust von Sicherheit und sozialer Einbindung, aber auch Umwelteinflüsse, wie Lärm- und Schadstoffemissionen, gelten als wesentliche Faktoren von chronischen Erkrankungen.

Der Zusammenhang zwischen Armut und höheren Krankheitsrisiken ist in wissenschaftlichen Studien nachgewiesen worden und allgemein anerkannt. So sind beispielsweise junge Menschen mit Migrationshintergrund und/oder einem allein erziehenden Elternteil vermehrt von gesundheitlichen Problemen betroffen. Ein weiteres Beispiel für die Korrelation von

Armut und höherer Gesundheitsgefährdung ist, dass Menschen mit niedrigeren Einkommen vermehrt in Quartieren mit höheren Lärmbelastungen leben, da nur in diesen Gebieten die Mieten für sie erschwinglich sind. Ein Zustand, der Abhilfe notwendig macht.

Ziel dieses Antrags ist, die Möglichkeiten kommunaler Gesundheitspräventionspolitik optimal auszunutzen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es der Definition von Kernkriterien, die dann konkrete stadtteilbezogene Maßnahmen zur Folge haben. Beispielhaft könnten die Kernkriterien des Gesunde-Städte-Netzwerkes herangezogen werden.

Das Gesunde-Städte-Netzwerk ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Kommunen. Die beteiligten Kommunen haben sich mit diesem Netzwerk ein Lern-, Aktions- und Diskussionsinstrument geschaffen, mit dem sie ihre eigene Arbeit im Sinne der "gesunden Stadt vor Ort" unterstützen und bereichern. Dabei hat der gegenseitige Informations- und Erfahrungsaustausch eine hohe Bedeutung. Alle Mitglieder müssen für die Erfüllung dieser Zweckbestimmung Sorge tragen.

Das Leitbild „Gesunde Stadt“ braucht zu seiner Umsetzung die prozesshafte Verwirklichung von Voraussetzungen, die als Kriterien für die Teilnahme am Gesunde Städte-Netzwerk beschrieben sind. Die Definition dieser Kernkriterien für das Gesunde-Städte-Netzwerk sind auf deren Internetpräsenz nachzulesen (www.gesunde-staedte-netzwerk.de).

Ein Beitritt Karlsruhes zum Gesunde-Städte-Netzwerk soll angestrebt werden.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach

Dr. Dorothea Polle-Holl

Dr. Ute Leidig

Alexander Geiger

Hauptamt - Sitzungsdienste -

3. Dezember 2010